

Britisches Atomkraftwerk

Strahlung zur See

Die Bundesregierung will prüfen, ob ein umstrittenes Kernkraftwerk die Umwelt in Deutschland belastet.

Michael Bauchmüller, Björn Finke, SZ, 18.3.17

So viele Widerstände hat das Atomkraftwerk Hinkley Point C schon überwunden: die Erlaubnis der EU, den Atomstrom per Einspeisetarif zu vergüten, also hoch zu subventionieren. Ein aufwendiges Genehmigungsverfahren. Eine Klage vor dem EU-Gericht. Eine langwierige Entscheidung des angeschlagenen französischen Atomkonzerns EDF, ob er den 21 Milliarden Euro teuren Meiler in Südengland überhaupt bauen will. Jedes Problem ließ sich irgendwie aus der Welt schaffen, sodass im September schließlich die britische Regierung und die Bauherren die Verträge unterzeichnen konnten: für den ersten neuen Reaktor im Königreich seit 1995.

Doch prompt bahnt sich die nächste Schwierigkeit an. Denn nach langem Zögern hat sich die Bundesregierung entschlossen, von London eine Überprüfung der Umweltauswirkungen auf Deutschland zu verlangen. Man halte dies "auch im jetzigen Verfahrensstadium noch für sinnvoll", heißt es aus dem Bundesumweltministerium. Womit nun ein aufwendiges Verfahren in Gang kommt: Die britischen Behörden müssen nachweisen, dass von den beiden geplanten Blöcken keinerlei Gefahren für Anrainerstaaten ausgehen - also für Länder, die nur ein Meer von der Insel trennt; im Falle Deutschlands die Nordsee. Diese Staaten wiederum müssen darlegen, welche Beeinträchtigungen sie befürchten.

Wie bei jeder Umweltverträglichkeitsprüfung kann auch die Öffentlichkeit Einwendungen machen, ebenso Bundes- und Landesbehörden. "Die technischen Defizite der Planung von Hinkley Point müssen jetzt minutiös auf den Tisch", verlangt Sylvia Kotting-Uhl, Atomstrom-Expertin der Grünen im Bundestag. Auch Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) verspricht sich einiges von der Prüfung, schließlich sind noch nicht alle Teilgenehmigungen für das AKW ergangen. "Von jetzt an lassen die sich nicht mehr an den Anrainerstaaten vorbei erteilen", sagt Wenzel. "Und dass sie beteiligt werden müssen, ist eigentlich ein glasklarer Fall." Man wisse doch seit Tschernobyl, wie grenzenlos Strahlung sei.

Hinter dem Begehrt Berlins steht eine Abmachung zwischen 45 zumeist europäischen Staaten, die sogenannte Espoo-Konvention. Danach ist eine grenzüberschreitende Umweltprüfung nötig, wenn Nachbarstaaten in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Großbritannien hat stets verneint, dass Hinkley Point C die Nachbarn betreffen könnte, und daher nur die Auswirkungen auf die heimische Umwelt untersuchen lassen. Anrainerstaaten könnten höchstens bei einem Unfall im Meiler zu Schaden kommen, und wegen der strengen Atomaufsicht im Königreich sei die Wahrscheinlichkeit eines solchen Unfalls vernachlässigbar gering, argumentierte London. Auch seien die beiden geplanten Reaktoren von Hinkley Point C technisch so ausgereift, dass selbst bei einem Unfall keine Gefahr für die Nachbarn drohe.

Streitpunkt

Die britische Regierung argumentiert, der Meiler betreffe Nachbarn nicht. Die sehen das anders. Das zuständige Espoo-Gremium sah das freilich anders. Großbritannien verstoße gegen die Regeln, befand es im vorigen Jahr. Die Regierung in London müsse darum mit potenziell betroffenen Staaten in Kontakt treten - was sie auch tat. Auf diese Anfrage Londons antwortete die Bundesregierung nun. Und die Antwort dürfte der britischen Regierung nicht gefallen haben.

Auch Norwegen und die Niederlande haben Sorgen geäußert und wollen beteiligt werden. "Es ist davon auszugehen, dass andere Staaten folgen", sagt die Brüsseler Umweltrechtlerin Dörte Fouquet, die sich mit dem Fall befasst hat. Es werde höchste Zeit, dass dieses Versäumnis der Briten beim Genehmigungsprozess geheilt werde. Ob das Verfahren zu Verzögerungen bei Hinkley Point C führt, ist nicht abzusehen. Geplant ist, dass die zwei Reaktoren des Kraftwerks 2025 ans Netz gehen und dann sieben Prozent des britischen Strombedarfs decken.

"Während des Verfahrens könnten Behörden oder Gerichte die Bauarbeiten auf jene Teile begrenzen, von denen nachweislich keine Gefahren ausgehen", sagt Fouquet. Paul Dorfman,

Atomenergie-Forscher am University College London, sagt, der neue Ärger könnte "ein weiterer Nagel im Sarg von Hinkley Point C" sein. Das zuständige Ministerium in London beantwortete eine Anfrage nicht.